



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

L., L.: Zur Konvertierungsfrage

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

immer wieder zum Flickenwerk zwingt. Und die Herren von den Berufsgenossenschaften wissen diese Rücksichtnahme vollständig zu schätzen. Sie wollen die Herren bleiben in ihrem besondern Hause, mag dadurch der Zweck, den Kaiser Wilhelm I. mit der deutschen Sozialversicherung erstrebt hat, noch so sehr darunter leiden. Und das ist doch in der That schlechte Wirtschaft.



Zur Konvertierungsfrage



In den Tageszeitungen wird die Frage der Konvertierung der deutschen Reichs- und Staatsanleihen jetzt wieder lebhaft besprochen. Die hämische Bemerkung, mit der seiner Zeit die Bossische Zeitung bei Gelegenheit des Antrags der Wirtschaftlichen Vereinigung des Reichstags die Begründung des Antragstellers begleitet hat, daß nämlich der Zinsfuß für Hypotheken dem der Staatspapiere folgen und so dem Grundbesitz eine große Erleichterung seiner Lasten zu teil werden würde, erscheint auch vom Standpunkte dieses Blattes aus vollkommen unberechtigt und muß auch von dem gebrandmarkt werden, der die agitatorische Art, mit der der Bund der Landwirte seine Ziele verfolgt, ernstlich bekämpft. Gerade in der Frage der Konvertierung kann sich der eifrigste Anhänger manchesterlicher Anschauungen mit dem Agrarier zusammenfinden; oder soll das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte nur dann nicht unbeeinflusst bleiben, wenn es zu Gunsten des Grundbesitzes wirkt?

Gleichviel, ob man vom liberalen Standpunkte aus die Aufgaben des Staats möglichst eng faßt und ihm neben dem Schutze nach außen nur die Sicherung freier Bahn für die wirtschaftliche Thätigkeit der Bürger als Aufgabe zuweist und ihm nur dort die Berechtigung zu wirklichem Eingreifen in die Freiheit des einzelnen zugesteht und von ihm fordert, wo es das höhere Interesse der Allgemeinheit verlangt, oder wo anzunehmen ist, daß die Mehrheit der Bevölkerung das eigne Interesse verkennt — es sei nur an den Schulzwang, den Impfwang, die Sonntagsruhe, an die Beschränkungen der Frauen- und Kinderarbeit, an die Ungiltigkeit gewisser Verträge, an das Verbot der Spielbanken und ähnliches erinnert —, oder ob man die Aufgabe des Staats weiter faßt und geradezu die Fürsorge für die wirtschaftlich Schwachen von ihm fordert: von beiden Standpunkten aus ist jedes künstliche Hochhalten des Zinsfußes, ja die öffentlichen Anleihen überhaupt als dauernde Ein-

richtung, nicht als vorübergehender Behelf in Zeiten der Not, entschieden zu verwerfen. Wenn die fortgeschritten liberalen Parteien die Unterstützung bekämpfen, die der Staat der Landwirtschaft und manchen Gewerben in Form eines Schutzzolles oder in Form einer allerdings künstlichen Art der Branntweinbesteuerung oder endlich als Ausfuhrprämie auf Zucker usw. gewährt, so läßt sich das damit begründen, daß in diesen Zuwendungen eine Unterstützung einzelner Gruppen der Bevölkerung auf Kosten aller andern liegt. Aber ganz ebenso steht es mit dem üblichen Zinsfuß. Wenn die Hoffnungen, die alle Menschenfreunde in der ersten Hälfte unsers Jahrhunderts an den Aufschwung der Technik, an die so ungeheuer erleichterte Herstellung von Gebrauchsgütern und die so sehr verbesserte Ausnutzung der von der Natur gelieferten Kräfte und Stoffe geknüpft haben, nicht in erwünschtem Maße in Erfüllung gegangen sind, wenn vielmehr behauptet wird — ob mit Recht, ist gleichgiltig —, daß sich die allgemeine Lage verschlechtert habe, daß mindestens die Unzufriedenheit der Bevölkerung gewachsen sei, und wenn diese behauptete Verschlechterung der Lage und diese Unzufriedenheit dem Kapitalismus zugeschrieben wird, so dürfte das, was an dieser Unzufriedenheit berechtigt ist, zum guten Teil der riesigen Zunahme der fest verzinslichen Staats- und Kommunalpapiere seit jener Zeit zuzuschreiben sein. Der Leihwert des Kapitals, das heißt die Zugänglichkeit der Produktionsmittel für die, die sie wirtschaftlich verwenden, ist nicht in dem Maße gesunken, wie er vermöge der erleichterten Kapitalbildung hätte sinken müssen, wenn dem Kapitel nicht so mächtige Unterstützung von außen zu Hilfe gekommen wäre. Und wenn man auch die öffentlichen Anleihen mit praktischen Gründen mag verteidigen können, ihre Verzinsung mit einem Satze, der über die durch die Marktlage unbedingt gebotne Höhe hinausgeht, ist, auch vom liberalen Standpunkte aus, weit weniger berechtigt als gesetzliche Maßnahmen, die eine Erhöhung der Bodenrente zum Zweck haben; und vom gegenwärtigen Standpunkte aus ließe sich selbst die Sicherung eines niedrigsten Arbeitslohnes eher verteidigen als die Hochhaltung des Zinsfußes. Auch der kleinste Rentner, der Lohnarbeiter, der ein Sparkassenbuch über ein paar hundert Mark hat, ist stark gegenüber dem, der keinen solchen Besitz hat. Er kann, wenn sich die Gelegenheit bietet, aus der Klasse der Lohnarbeiter in die der Unternehmer übergehen und hat so wenigstens die Möglichkeit, allmählich in die Klasse der wirklich Starken aufzusteigen. Eine ältere Novelle von Kreutzer schildert diesen Gang, den man übrigens in der Großstadt oft genug zu beobachten Gelegenheit hat, in sehr anschaulicher Weise. Der Beamte, der nebenbei Kapitalvermögen hat, ist seinem gleich kenntnisreichen und gleich tüchtigen Kollegen gegenüber auch dann in großem Vorteil, wenn ihm sein Kapital nur sehr bescheidne oder gar keine Zinsen bringt; denn er ist in der Lage, wenn sich die Gelegenheit bietet, seine Kenntnisse und seine Arbeitskraft auf wirtschaftlichem Gebiete auszunutzen und so einen Ertrag aus ihnen zu ziehen, den

der Staat niemals bieten kann. Die kleinen wie die großen Kapitalisten sind wirtschaftlich stark, natürlich relativ, auch wenn der Ertrag des Kapitals noch so gering ist.

Volkswirtschaftlich ist aber ein künstliches Hochhalten des Zinsfußes sicher von Nachteil. Die Herstellung von Gebrauchsgütern, sowie ihre Umwandlung in festes Kapital ist natürlich um so größer, je billiger das Geld, je niedriger der Zinsfuß ist. Die Unternehmer aller Art, in Landwirtschaft und Industrie, in Handel und Verkehr, werden als solche im ganzen um so größere Gewinne erzielen, je weniger Zins das in ihrem Unternehmen angelegte Kapital beansprucht. Es ist dabei gleichgültig, ob sie mit eigenem oder fremden Kapital arbeiten; was sie als Kapitalisten verlieren, gewinnen sie als Unternehmer, wenn sich vermöge des billigen Zinsfußes der wirtschaftliche Verkehr belebt und dadurch der Unternehmergewinn im ganzen steigt. Die Übermacht der kapitalreichen Länder solchen gegenüber, die durch hohen Zinsfuß belastet sind, trotz der niedrigeren Arbeitslöhne und der häufig leichtern Zugänglichkeit der Rohmaterialien, beweist unmittelbar die hohe volkswirtschaftliche Bedeutung eines niedrigen Zinsfußes. Je niedriger der Zinsfuß ist, desto leichter findet sich das Kapital für Vervollkommnungen und für neue Unternehmungen. Ein Bahnbau, der bei einem bestimmten Stande des Zinsfußes als zu wenig aussichtsreich unterbleibt, wird bei einem niedrigeren Stande für rentabel genug gehalten, um unternommen zu werden. Für wirklich schnelle Beförderungsmittel, die viele Schwierigkeiten, wie z. B. die, mit denen Berlin zu kämpfen hat, mit einem Schlage beseitigen würden, in Form von Untergrund- oder Hochbahnen, würde das Kapital reichlich fließen, wenn das zu erwartende Erträgnis die hohen Anlagelkosten hinreichend verzinste, hinreichend, d. h. so weit, daß sich außer den üblichen Zinsen noch das Risiko solcher Unternehmungen bezahlt machen würde. Die Höhe des üblichen Zinsfußes ist also in erster Linie hierfür entscheidend. Wenn das für landwirtschaftliche Verbesserungen notwendige Kapital zu hinlänglich niedrigem Zinsfuß zu haben wäre, so wäre damit für die Volkswirtschaft so viel gewonnen, daß die Klagen in der Landwirtschaft und im Handwerk verstummen müßten.

Es wird nun eingewandt, daß volkswirtschaftlich die Ansammlung großer Kapitalien in einzelnen Händen von Nutzen sei, und daß demnach der Schutz des Kapitals als solchen mit Rücksicht auf die Volkswirtschaft notwendig sei. Das ist vollkommen richtig, und es ist anzuerkennen, daß eine etwaige Ungleichung der Vermögensverhältnisse auf die Volkswirtschaft nachteilig einwirken, die Kultur zurückschrauben würde. Aber diese Thatsache beweist nichts gegen den Nutzen eines niedrigen Zinsfußes. Große Kapitalien werden nicht sowohl durch Aufhäufung von Zinsen, als durch wirtschaftliche Thätigkeit angesammelt; eine Durchmusterung der bekanntesten reichen Leute zeigt, daß ihr Reichthum meist erst wenige Generationen alt, wenn nicht erst von dem jetzigen Besitzer

erworben ist. Ein niedriger Zinsfuß ist eher ein Anreiz zu größerer Kapitalansammlung, weil doch das Ziel jeder Ansammlung die Sicherstellung der Zukunft, der eignen wie der der Nachkommenschaft ist, und dieses Ziel bei niedrigerem Zinsfuß nur durch eine größere Kapitalansammlung erreicht wird.

Noch größer endlich erscheint der Nutzen eines niedrigen Zinsfußes in sozialer Hinsicht. Wenn als Ziel der sozialen Arbeit die Hebung der Lage der wirtschaftlich Schwachen hinzustellen ist, so ist als wesentliches Mittel zur Erreichung dieses Zieles ein niedriger Zinsfuß zu betrachten. Da bei einem gegebenen Stande der Technik unter Voraussetzung einer bestimmten angewandten Kapitalmenge von einer bestimmten Menge Arbeit eine ganz bestimmte Menge von Gütern produziert wird, so kann die Lage der arbeitenden Klassen zu einer bestimmten Zeit allein von der Art der Verteilung dieser Güter unter die, die an ihrer Produktion beteiligt sind, abhängen. Aber sowohl die Bodenrente wie der relative Unternehmergewinn steigt und fällt, wie eine eingehendere Überlegung zeigt, mit dem Zinsfuß, wenn auch nicht in gleichem Verhältnis; es muß also der Arbeitslohn, der noch übrigbleibende Teilnehmer an der Produktion, steigen, wenn der Zinsfuß fällt, und fallen, wenn der Zinsfuß steigt. Dabei ist es natürlich gleichgiltig, ob die Steigerung des Arbeitslohns dem Arbeiter in Form einer Erhöhung des baren Lohns oder einer Verbilligung der Lebensbedürfnisse zu gute kommt. Und wie viel man auch auf den verschiedensten Gebieten durch große oder kleine Mittel zu Gunsten der Arbeiter versuchen mag, der Kern der Aufgabe kann immer nur der sein, den Anteil der Arbeiter an dem Ertrage der Arbeit zu erhöhen.

Das Angeführte würde allerdings ebenso sehr, wie für eine Konvertierung der Anleihen, wenn sie durchführbar ist, gegen die öffentlichen Anleihen überhaupt sprechen. Nun, es ist wohl nicht zu leugnen, daß die riesige Höhe, die die öffentlichen Schulden in allen Kulturländern erreicht haben, für einen großen Teil der heute herrschenden wirklichen und vermeintlichen Mißstände verantwortlich zu machen ist. Durch die Sicherheit, die der Staat seinen Gläubigern für die Verzinsung ihres Kapitals bietet, giebt er dem Kapital im wirtschaftlichen Kampfe einen Halt, der ihm zu einer unberechtigten Übermacht verhilft. Nicht die kapitalistische Produktionsweise als solche schädigt die arbeitenden Klassen, sondern nur die Unterstützung, die dem Kapital in seinem Kampfe mit den andern wirtschaftlichen Kräften geboten wird. Wie man aber auch zu dieser Frage stehen mag, in Folge des vielleicht etwas schnellen Überganges von der Natural- zur Geldwirtschaft sind die öffentlichen Schulden einmal vorhanden, und der Staat und die Gemeinden haben sich zum Büttel gemacht, der dem Kapitalisten seinen Zins und sein Kapital von den Schuldnern einzieht. Das Unrecht, das hierin der großen Masse der Bürgerschaft gegenüber liegt, kann aber einigermaßen gemildert werden, wenn der Staat seinen regulirenden Einfluß, den er durch seine großen Zinsverpflichtungen auf den Gang des

Geldmarktes ausübt, in der Richtung verwendet, daß er mit allen Mitteln ein Herabgehen des Zinsfußes anstrebt.

Es erscheint demnach vom politischen, vom volkswirtschaftlichen wie vom sozialen Standpunkt aus nicht berechtigt, auf eine Steigung des Zinsfußes über seine durch den Stand der Volkswirtschaft geforderte Höhe hinzuwirken. Vielmehr kann in der Angelegenheit der Konvertirung, auch wenn man ganz absieht von dem, was mit den ersparten Zinsen für die allgemeine Wohlfahrt geleistet werden könnte, allein die Frage entscheidend sein, ob sie durchführbar ist, mit andern Worten, welcher Zinsfuß dem augenblicklichen Stande der Volkswirtschaft entspricht. Ist aber die Konvertirung durchführbar, so muß sie ausgeführt werden, ohne Rücksicht auf die Einbußen, die Rentner, Witwen, Waisen und milde Stiftungen erleiden. Die Zahl der eigentlichen Rentner, die von ihren Zinsen leben, ist gering, die meisten sind zugleich Unternehmer, Beamte, Arbeiter, und diese gewinnen durch eine allgemeine Erniedrigung des Zinsfußes auf der einen Seite mehr, als sie auf der andern verlieren. Die reinen Rentner aber, Witwen und Waisen, die von den Zinsen ihres Kapitals leben müssen, tragen auch nicht den ganzen Zinsverlust, da sie in den verbilligten Lebensbedürfnissen teilweise Ersatz finden; im übrigen rollt das Rad der wirtschaftlichen Entwicklung grausam über sie hinweg, auch trotz des Eingreifens der öffentlichen Gewalt zu ihren Gunsten, und eine viel größere Zahl von Witwen und Waisen, alle die, die auch den verkleinerten Zinsgenuß nicht haben, sind noch in weit schlimmerer Lage. Die milden Stiftungen endlich können sich um so eher mit einer Schmälerung ihrer Einnahmen zufrieden geben, als ja der Umfang ihrer Aufgaben um so kleiner wird, je mehr sich der allgemeine Wohlstand hebt. Die milden Stiftungen selbst mögen durch das Sinken des Zinsfußes geschädigt werden, ihre Ziele werden dadurch gefördert.

£. £.



Leipziger Pasquillanten des achtzehnten Jahrhunderts

(Fortsetzung)



ährend der Streit zwischen Rat und Universität noch schwebte, wurde Köper in eine neue Untersuchung verwickelt. Am 14. November 1788 wurde bei der Bücherkommission angezeigt, daß „ein Academicus und Antiquar“ namens Kantner, der seinen Stand in einer Hausflur auf der Petersstraße habe, eine „Scar-tecke“ verkaufe, die nicht geduldet werden könne. Das Buch hieß: Porträts nach dem Leben gezeichnet. Erster Band. Berlin und Leipzig, 1789. Auf